Oeffentliches Sanitätswesen.

**Der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch.
Kritische Betrachtungen vom Standpunkte des Psychiaters aus.
Von Prof. Dr. Gustav Aschaffenburg in Köln.**

(Fortsetzung aus No. 47.)

II.

Die Anerkennung der Zustände sogenannter verminderter Zurechnungsfähigkeit in dem neuen Entwurf bedeutet insofern gesetzgeberisch für Deutschland nichts Neues, als die meisten Strafgesetzbücher vor der Schaffung des Deutschen Reiches die geminderte Zurechnungsfähigkeit anerkannt hatten. Auch der erste Entwurf des jetzigen Strafgesetzbuches, der damals noch als Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund verfaßt war, hatte Bestimmungen für vermindert Zurechnungsfähige aufgenommen. Im zweiten Entwurf fehlten diese Bestimmungen, und mit einer, wie jetzt wohl kaum noch bestritten wird, durchaus unzutreffenden Begründung lehnte der Reichstag die Annahme von Zuständen verminderter Zurechnungsfähigkeit als überflüssig ab. Kahl hat in einer prächtigen Darstellung¹⁾, die zeigt, wieweit ein Nichtmediziner sich in medizinische Anschauungen hineinarbeiten kann, die Geschichte der verminderten Zurechnungsfähigkeit in den Kommissionen und im Reichstage wiedergegeben. Danach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß tatsächlich die Wichtigkeit der verminderten Zurechnungsfähigkeit von dem damaligen Reichstage nicht erfaßt worden ist und daß auch die Gründe, die zu ihrer Beiseitelassung geführt haben, durchaus unzulänglich gewesen sind.

Der neue Entwurf stützt sich auf alle die Tatsachen, durch die von jeher die Notwendigkeit gesonderter Berücksichtigung der verminderten Zurechnungsfähigkeit begründet worden ist. Zwar werden ausdrücklich die Bedenken geltend gemacht, daß die Bestimmung von den Verbrechern leicht ausgenutzt werden könnte, um sich der voll verdienten Strafe zu entziehen, und daß ferner die Ansichten über das Vorliegen der verminderten Zurechnungsfähigkeit sehr stark auseinandergehen und zu einer Schwächung in der Anwendung der Gesetze führen könnten. „Endlich konnte es sich auch fragen, ob gerade vom Standpunkte des vorliegenden Entwurfs aus noch ein Bedürfnis vorliegt, da er in der Herabsetzung der Mindeststrafen und der Zulassung von mildernden Umständen sehr viel weiter geht als das geltende Gesetz, endlich auch im § 83²⁾ die Berücksichti-

¹⁾ Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts. Allgemeiner Teil, Bd. I, 1. Otto Liebmann, Berlin.

²⁾ § 83. In besonders leichten Fällen darf das Gericht die Strafe nach freiem Ermessen mildern und, wo dies ausdrücklich zugelassen ist, von einer Strafe überhaupt absehen.

Ein besonders leichter Fall liegt vor, wenn die rechtswidrigen Folgen unbedeutend sind und der verbrecherische Wille des Täters nur gering und nach den Umständen entschuldbar erscheint, sodaß die Anwendung der ordentlichen Strafe des Gesetzes eine unbillige Härte enthalten würde.

gung besonders leichter Fälle mit weitgehender Milderungsbefugnis zuläßt.“

Gerade die letztere Bemerkung zwingt zu einer prinzipiellen Stellungnahme. Wohl kann vom Standpunkt der Vergeltungstheorie als Formel der Behandlung der vermindert Zurechnungsfähigen nur die aufgestellt werden: verminderte Schuld, folglich auch verminderte Strafe. Daß dieser Gesichtspunkt aber sehr unglückliche Folgerungen nach sich ziehen würde, ist leicht zu erweisen. Sind doch gerade unter den vermindert Zurechnungsfähigen die allergefährlichsten Rechtsbrecher, deren herabgesetzte Widerstandsfähigkeit gegen äußere Anreize sie zum Teil zu höchst gemeingefährlichen Individuen macht.

Jede Herabsetzung der Strafe muß, falls überhaupt ein vermindert Zurechnungsfähiger dieser Erwägung zugänglich ist, in ihm das Gefühl wachrufen, daß er sich bei Begehung einer strafbaren Handlung einer geringeren Gefahr aussetzt als der Normale. Da aber die Widerstandsfähigkeit gegen den Anreiz zu kriminellen Handlungen ohnedies schon herabgesetzt ist, so ist die natürliche Folge eine weitere Schwächung seiner Widerstandskraft, eine Schwächung, die bis zur völligen Aufhebung führen kann. So führt also die einfache Herabsetzung der Strafe zu einer Vermehrung der Gefahr für die Öffentlichkeit. Und das kann und darf ein Gesetz nicht zulassen, das, wie der neue Entwurf, sichernde Maßnahmen als einen notwendigen Bestandteil der Strafgesetzgebung anerkannt hat.

Nun verlangt allerdings der Entwurf im § 65 vom Gericht, daß es neben der Herabsetzung der Strafe, „wenn es die öffentliche Sicherheit erfordert“, die Verwahrung des vermindert Zurechnungsfähigen in einer Heil- und Pflegeanstalt anordnet. Damit würde ja die von den Irrenärzten gewünschte Ergänzung unserer Strafgesetze nach der Richtung hin gegeben sein, daß, solange es notwendig ist, der Kranke nicht in die Freiheit zurückkehren kann. Aber es scheint doch, daß die Bearbeiter des Entwurfes die Bedeutung dieser Verwahrung unterschätzt haben. In der Begründung heißt es wörtlich: „Die Verwahrung bloß vermindert Zurechnungsfähiger, die zunächst ihre Strafe zu verbüßen haben, wird verhältnismäßig selten vorkommen, schon weil die Strafe dazwischen liegt, deren Wirkungen eine demnächstige Verwahrung oft erübrigen werden.“ Diese Auffassung des Entwurfs über die Seltenheit der notwendig werdenden Internierungen aus Sicherheitsgründen und deren Ersatz durch die Strafverbüßung nötigt uns zu der Erwägung, ob es überhaupt zweckmäßig ist, die Strafe mit sichernden Maßnahmen zu verbinden; und wenn ja, ob durch die Strafe tatsächlich häufiger die Verwahrung unnötig gemacht wird.

Die Feststellung, daß ein Verbrecher geistig minderwertig ist — ich gebrauche hier den von manchen Seiten vorgeschlagenen Ausdruck im gleichen Sinne wie den der vermindert Zurechnungsfähigen — bedingt eine Verkürzung der Strafe. Damit wird der Strafe die Haupteigenschaft genommen, die der Verbrecher fürchtet. Denn ihn schreckt unbedingt mehr die Aussicht auf eine lange Strafe als die Furcht vor der Strafe selbst. Es wird also der staatlichen Gegenwehr die schärfste Waffe durch die Strafverkürzung abgestumpft. Auf jeden Fall besteht ein Mißverhältnis zwischen der kurzen Strafe und der sich anschließenden langen Versorgung aus Sicherheitsgründen.

Wer die eigentümlich bedrückende Wirkung kennt, die in der Unsicherheit, wie lange die Internierung dauert, liegt, der wird mir beistimmen, wenn ich behaupte, daß viele geisteskranken Verbrecher eine Strafe, auch wenn sie recht hoch ist, der Unterbringung in einer Irrenanstalt vorziehen. Das wird sicher erst recht für die Minderwertigen der Fall sein. Sie werden durch die Ungewißheit über die Dauer ihrer zwangsweisen Zurückhaltung in einer Anstalt sehr viel mehr bedrückt werden als durch die vorangehende, in ihrer Zeitdauer genau bestimmte und dazu noch kurze Strafe.

Unter diesen Umständen liegt die Versuchung sehr nahe, den Vorschlag zu machen, auch dem geistig Minderwertigen in gleicher Weise wie dem Zurechnungsfähigen gegenüber ganz auf die Strafe zu verzichten und nur die notwendigen Sicherungsmaßregeln anzuordnen. Das wäre aber aus anderen Gründen meines Erachtens verfehlt. In zahlreichen Fällen leichter Erkrankung kann ein vermindert Zurechnungsfähiger doch durch die Furcht vor der Strafe hinreichend abgeschreckt, in anderen durch eine Strafe zur Besinnung über die Rechtswidrigkeit seiner Handlung gebracht werden. Mögen diese Fälle auch nicht die Regel sein, ihr Vorkommen wird man nicht bestreiten können. Deshalb bin ich in Uebereinstimmung mit v. Liszt¹⁾ dafür, auch die Freiheitsstrafe als Gegenmaßregel gegen die Bedenklichkeit der vermindert Zurechnungsfähigen anzuwenden.

Dann kann aber auch bei den Fällen, in denen sich an die

1) v. Liszt, Schutz der Gesellschaft gegen gemeingefährliche Geistesranke und vermindert Zurechnungsfähige. Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform, Bd. 1, S. 8.

Freiheitsstrafe eine „Versorgung“ anschließen muß, auf die Verhängung der Strafe nicht verzichtet werden. Die Kommission war der Ansicht, daß die Strafe die Regel, die Versorgung die Ausnahme sein würde. Das mag für kleinere Delikte zutreffen, für größere gewiß nicht.

Bei allen ernsteren Delikten wird man nicht um die Unterbringung der vermindert Zurechnungsfähigen herum kommen, und bei ihnen wird gleichzeitig auch die Strafe trotz der Herabsetzung noch immer von erheblicher Dauer sein, wenn auch sicher nur selten so lange als die dann folgende Versorgung, die unter Umständen das ganze Leben hindurch notwendig bleiben kann.

Eines darf aber nicht vergessen werden: die Versorgung eines vermindert Zurechnungsfähigen kann im Interesse der Sicherung auch dann notwendig sein, wenn auf das Delikt, das er begangen, nur eine geringfügige Strafe steht. Denn der Zufall, der ein Verbrechen zu einer verhältnismäßig harmlosen Tat macht, mindert nicht die Gemeingefährlichkeit des Täters; und eine Handlung, die tatsächlich nur eine geringe Störung des öffentlichen Rechtsfriedens bedeutet, kann doch ebenfalls von einem höchst gefährlichen Individuum begangen werden. Dann müssen wir trotz der Geringfügigkeit des Vergehens die Schutzmaßregel in aller Schärfe anordnen. In diesen Fällen, die sicher nicht gar so selten sein werden, sinkt allerdings die Verbüßung einer kurzen Freiheitsstrafe zur Bedeutungslosigkeit hinab. Man könnte sie unbedenklich ganz erlassen, stünde nicht das prinzipielle Bedenken entgegen, daß die Strafe in anderen Fällen eine brauchbare Waffe der Gesellschaft gegen minderwertige Rechtsbrecher ist.

Der Entwurf ordnet im § 63 III an, daß bei den vermindert Zurechnungsfähigen die Freiheitsstrafe unter Berücksichtigung ihres Geisteszustandes und, soweit dieser es erfordert, in besonderen, für sie ausschließlich bestimmten Anstalten oder Abteilungen zu vollstrecken ist. Wer die Verhältnisse in Gefängnissen und Zuchthäusern kennt, wird mir zugeben, daß es recht schwierig ist, auf die vermindert Zurechnungsfähigen im Strafvollzuge ausreichend Rücksicht zu nehmen. Die Schwerlenkbarkeit, die explosiven Neigungen, die Launenhaftigkeit, die Beschränktheit, pathologische Reizbarkeitszustände und alle sonstigen Eigenschaften dieser Menschen machen sie zu höchst schwierigen Insassen jeder Anstalt; ich stehe nicht an zu behaupten, daß sie weit schwieriger zu behandeln sind als ausgesprochen Geistesranke. Im allgemeinen wird man daher genötigt sein, sie aus dem Rahmen des gewöhnlichen Strafvollzuges möglichst zu entfernen. In Preußen ist das in letzter Zeit in der Weise versucht worden, daß eine Anstalt nur für den Strafvollzug an Minderwertigen bestimmt worden ist. Die Versuchsdauer ist wohl noch zu kurz, um ein endgültiges Urteil zu erlauben. Die Erfahrungen sollen aber, soweit ich erfahren konnte, recht gut sein. Wenn das Gesetz etwas Brauchbares erreichen will, so wird darauf hingedrängt werden müssen, Sonderabteilungen für die Grenzfälle zu errichten. Das wird in den großen deutschen Staaten keine Schwierigkeiten machen, die kleinen werden aber möglicherweise gezwungen sein, sich zur Erbauung solcher Anstalten zusammen zu schließen.

Nach beendetem Strafvollzug sollen dann gemäß § 65 die Kranken, wenn es notwendig ist, noch weiter in einer öffentlichen Heil- oder Pflegeanstalt verwahrt werden. In der Regel wird der Strafvollzug auf den geistigen Zustand und die Gemeingefährlichkeit der geistig Minderwertigen nur einen ganz geringen Einfluß haben. Die eben erwähnten Anstalten werden wohl dem Kranken die Verbüßung der Strafe erleichtern, nicht aber ihn psychisch oder moralisch so bessern, daß die weitere Verwahrung überflüssig wird. Und daraus muß — im Widerspruch zu der Auffassung des Entwurfs — der Schluß gezogen werden, daß die Zahl derjenigen, die nach Ablauf der Strafzeit noch einer weiteren Verwahrung bedürfen, ganz erheblich größer sein wird, als die Begründung des Entwurfs annimmt. Ich stehe wenigstens auf dem Standpunkt, daß mit diesem Paragraphen eine ernste Gegenwehr gegen die Angriffe der Gemeingefährlichen unter den vermindert Zurechnungsfähigen beabsichtigt worden ist. Soll aber die Maßregel nicht nur auf dem Papier stehen, so muß sie überall, wo sie notwendig ist, auch zur Anwendung kommen. Und die Zahl der Fälle wird zweifellos recht beträchtlich sein.

Die Anordnung der Unterbringung ist Sache des Gerichts. Die Verwaltungsbehörde hat den Beschluß auf Unterbringung unter allen Umständen auszuführen; ob aber auch aufrecht zu erhalten, das steht dahin. Und hier werden die Schwierigkeiten nicht ausbleiben. Bei einem gemeingefährlichen Geistesranke steht die Tatsache der Geisteskrankheit, abgesehen von den Fällen der Heilung, fest. Eine Meinungsverschiedenheit kann nur darüber entstehen, ob die Besserung soweit fortgeschritten ist, daß ohne Gefahr für die öffentliche Rechtssicherheit der Kranke entlassen werden kann. Die Ansicht der Verwaltungsbehörden als des ausführenden Organs mag wohl manchmal von der des Gerichts als des entscheidenden ab-

weichen, doch wird eine Einigung über die Notwendigkeit der weiteren Internierung wohl regelmäßig zu erreichen sein.

Ganz anders aber steht es um die vermindert Zurechnungsfähigen, bei denen sehr häufig von einer eigentlichen Krankheit gar keine Rede ist, vielmehr meist ein chronischer Zustand der Minderwertigkeit vorliegt. Dann wird die Frage äußerst schwer zu beantworten sein, ob die öffentliche Rechtssicherheit allein eine Zurückhaltung der Kranken rechtfertigt. Die Schwierigkeit wird wohl nicht zum kleinsten Teil in der Kostenfrage liegen. Die Verwaltungsbehörden, denen schon jetzt die Fürsorge für die Kranken zu einer finanziell fast unerschwinglichen Last geworden ist, werden sich ebenso wie die Angehörigen der Kranken in alle den Fällen mit Entscheidung der Uebnahme der Kosten widersetzen, wo nur die Gemeingefährlichkeit und nicht der krankhafte Zustand als solcher die Unterbringung des Kranken notwendig macht. Das gilt übrigens in gleicher Weise auch für die eigentlich Geisteskranken, die wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen sind. Daraus wird sich das Bestreben entwickeln, solche Kranken sobald wie möglich aus den Anstalten zu entfernen. Dem muß sich aus Gründen der öffentlichen Rechtssicherheit das Gericht widersetzen. Und dazu gibt ihm ja der § 65^{III} die Möglichkeit. Es läßt sich aber nicht in Abrede stellen, daß hier wieder einseitig das Gericht allein die Entscheidung hat und daß daneben doch auch die Interessen des Kranken selbst und, wenn auch weniger wichtig, die der kostenträgenden Angehörigen oder Behörde Berücksichtigung verdienen. Mir scheint also auch für diese Fälle eine Entmündigung der einzige Ausweg; sie gibt dem Entmündigten einen Schutz im Vormunde und im Vormundschaftsgericht, sie gibt auch die Sicherheit, daß alle Gesichtspunkte, die bei der Entlassung in Frage kommen, ausreichend festgestellt und berücksichtigt werden. Wir werden zu einer Ergänzung des Gesetzes nach dieser Richtung hin unbedingt kommen müssen.

Auch noch aus einem anderen Grunde scheint mir die Entmündigung wünschenswert. Die Landespolizeibehörde hat nach dem vorgeschlagenen Gesetz über die Dauer der Verwahrung und über die Entlastung zu entscheiden, nicht aber für die Auswahl der geeigneten Anstalt zu sorgen. Wenigstens scheint mir das, wenn wirklich beabsichtigt gewesen ist, ihr und nicht dem Gerichte die Entscheidung über die Art der Anstalt zu überlassen, nicht mit ausreichender Klarheit aus den gesetzlichen Bestimmungen hervorzugehen. Gegen diese Entscheidung muß, gleichgültig, ob sie vom Gericht oder von der Verwaltungsbehörde verfügt wird, eine Beschwerde möglich sein. Hängt doch von der Wahl der richtigen Anstalt außerordentlich viel ab, und nicht immer wird der Richter in der Lage sein, selbst nicht mit Hilfe des zugezogenen Sachverständigen, sofort die richtige Anstalt zu bestimmen. Gernicht selten wird sich erst nach einigen Wochen oder Monaten der Unterbringung herausstellen, daß die Anstalt ungeeignet war und an deren Stelle zweckmäßiger eine andere träte. Auch deshalb möchte ich wünschen, daß die Auffassung des Gerichtes im Augenblicke der Verhandlung nun nicht die weiteren Maßregeln sklavisch eng festlegt. Vielmehr scheint es mir notwendig, den dann weiter in Tätigkeit tretenden Behörden möglichst freie Hand zu lassen. Bei den Grenzfällen wird sich mehr als bei irgendeiner anderen Gruppe von Kranken die Notwendigkeit herausstellen, sich dem jeweiligen Zustande des Kranken anzupassen. Zum Schutze der Interessen des vermindert Zurechnungsfähigen ist also auch deshalb die Hilfe eines Vormundes unerlässlich.

Nach § 63^{II} fallen unter den Begriff der verminderten Zurechnungsfähigkeit die Zustände von Geisteskrankheit, Blödsinn oder Bewusstlosigkeit, in denen die freie Willensbestimmung zwar nicht ausgeschlossen, jedoch in hohem Grade vermindert war. Abgesehen von den früher erörterten Bedenken gegen den Ausdruck der freien Willensbestimmung wird hier die Schwierigkeit in der gradweisen Abschätzung bestehen. Mit dieser Schwierigkeit wird man allerdings immer rechnen müssen, sobald es sich um ein Grenzgebiet handelt. Immerhin werden die Schwierigkeiten unnötig dadurch vermehrt, daß von einem hohen Grade gesprochen wird. Damit nähern wir uns doch allzusehr der Grenze der Unzurechnungsfähigkeit. Es darf nicht vergessen werden, daß nicht etwa der Angeklagte oder sein Verteidiger den Nachweis der Unzurechnungsfähigkeit führen muß, sondern daß das Gericht die Zurechnungsfähigkeit nachweisen muß. Für gewöhnlich setzt man wohl diese Zurechnungsfähigkeit voraus. Sobald aber Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit aufgetaucht sind, hat das Gericht nach der stehenden Rechtsübung die Verpflichtung, diese Frage zu prüfen und die Zurechnungsfähigkeit zu beweisen. In all den Fällen aber, wo es sich um hohe Grade geistiger Abnormalität handelt, wird schwerlich ein Sachverständiger wagen können, mit absoluter Bestimmtheit zu behaupten, daß noch ein Rest von Zurechnungsfähigkeit vorhanden ist. Der Ausdruck „in erheblichem Grade“ würde die Schwierig-

keiten verringern, wenn auch nicht beseitigen, was, wie schon gesagt, meiner Ansicht nach überhaupt nicht ganz möglich ist.

Der Entwurf setzt für die vermindert Zurechnungsfähigen eine prinzipielle Strafmilderung in der Weise fest, daß die Bestimmungen über den Versuch in Kraft treten (§ 76)¹⁾. An und für sich ist die Gleichstellung der Versuchshandlung und der vollendeten Handlung eines vermindert Zurechnungsfähigen nicht richtig. Es wäre vielleicht sogar im Interesse einer zielbewußten Kriminalpolitik im allgemeinen besser gewesen, wenn bei der Bestrafung des Versuchs der Entwurf die Fälle schärfer auseinandergehalten hätte, in denen ein Versuch aus äußeren Gründen, und die, in denen er aus inneren Gründen nicht zur vollendeten Tat wurde. Die Gemeingefährlichkeit eines Menschen, dem der Mordversuch mißglückt, weil die Pistole versagt, unterscheidet sich in nichts von der, dessen Schuß das Opfer niederstreckt.

Ob eine so weitgehende Strafmilderung, wie sie der Entwurf durch die Gleichstellung der Straftaten vermindert Zurechnungsfähiger mit Versuchshandlungen vorsieht, zweckmäßig ist, dürfte fraglich sein. Der Richter hat allerdings nur die Pflicht der Strafmilderung, nicht aber die Pflicht einer unter Umständen unangebrachten Milde. Denn die Möglichkeit, auch solche Menschen energisch anzufassen, besteht nach dem jetzigen Entwurf.

Da der Richter nach dem neuen Entwurf überall unter das gesetzlich vorgesehene Strafminimum herunter gehen kann, würde an und für sich die Anlehnung an den Versuchsparagraphen unnötig sein. Vielleicht ist die Anordnung nur deshalb erfolgt, um in den Fällen, wo auf Todesstrafe erkannt werden muß oder auch nur erkannt werden kann, den vermindert Zurechnungsfähigen vor dieser Strafe zu bewahren, da die Todesstrafe beim Versuch ausgeschlossen ist.

Es dürfte von Interesse sein, den Vergleich der Behandlung der vermindert Zurechnungsfähigen im deutschen Entwurf mit den Bestimmungen des Entwurfs eines österreichischen Strafgesetzbuchs anzustellen.

Der § 4 dieses Entwurfs lautet: War die Fähigkeit des Täters, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen, zur Zeit der Tat infolge eines andauernden krankhaften Zustandes wesentlich vermindert, so ist an Stelle der Todesstrafe auf lebenslangen Kerker zu erkennen. Hat der Täter eine Freiheitsstrafe verwirkt, deren Vollzug in ihrer regelmäßigen Art seinen Zustand verschlimmern würde, so ordnet das Gericht an, daß die Strafe nach den der Eigenart solcher Personen angepaßten Vorschriften vollzogen werde. Der Vollzug solcher Strafen findet in einer besonderen Strafanstalt oder in einer besonderen Abteilung einer Strafanstalt oder eines Gefangenenhauses statt.

Hieran schließt sich dann noch, obgleich nicht ausdrücklich darauf hingewiesen wird, der § 57 an.

§ 57. Wenn der Täter handelt in einer an Zurechnungsunfähigkeit grenzenden Herabsetzung oder Schwäche der Fähigkeit, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen, sofern dieser Zustand nicht durch verschuldete Trunkenheit hervorgerufen war, kann statt der ausschließlich angedrohten zeitigen Kerkerstrafe auf Gefängnis erkannt werden; zeitige Freiheitsstrafen und Geldstrafen können bis auf die Hälfte der Untergrenze herabgesetzt werden.

In Oesterreich ist also nicht wie bei uns unter allen Umständen die Strafhöhe so wie beim Versuch zu bemessen, sondern es ist nur an Stelle der Todesstrafe lebenslange Kerkerstrafe vorgesehen; die Strafe kann, aber nicht in dem gleichen Grade wie bei uns in Deutschland, gemildert werden, das Gericht muß sie aber nicht mildern. Die Strafe muß in all den Fällen, „deren Vollzug in ihrer regelmäßigen Art seinen (des Sträflings) Zustand verschlimmern würde“, der Eigenart solcher Personen angepaßt werden, und zwar findet die Verbüßung in besonderen Anstalten oder besonderen Abteilungen statt. Wenn auch das Deutsch des in Anführungszeichen hervorgehobenen Satzes nicht sehr geschickt ist, so ist dafür die Bestimmung selbst sehr viel klarer als der in unserem Gesetz gebrauchte Satz, „soweit der Geisteszustand es erfordert“. Das, was vermieden werden sollte, den Kranken schwerer zu schädigen, als notwendig ist, seine Gesundheit nicht durch die für ihn vielleicht

¹⁾ § 76: Der Versuch ist milder zu bestrafen als die vollendete Tat. Ist diese mit dem Tode bedroht, so tritt lebenslängliches Zuchthaus oder zeitige Zuchthausstrafe nicht unter drei Jahren, und ist sie mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedroht, so tritt Freiheitsstrafe derselben Art nicht unter drei Jahren ein.

In den übrigen Fällen kann die Strafe unter das für die vollendete strafbare Handlung angedrohte Mindestmaß herabgesetzt, auch kann auf eine mildere Art der Freiheitsstrafe erkannt und in besonders leichten Fällen (§ 83) von Strafe überhaupt abgesehen werden.

Auf Nebenstrafen und sichernde Maßnahmen kann auch neben der Versuchsstrafe erkannt werden.

besonders bedenklichen Eigenschaften der Straftat überflüssigerweise zu gefährden, das drückt der österreichische Entwurf recht gut aus.

Im § 37 ist weiter bestimmt, was bei dem vermindert Zurechnungsfähigen nach dem Vollzug der Straftat geschehen soll.

§ 37. Der zu Freiheitsstrafe verurteilte Täter eines Verbrechens oder eines mit einer sechs Monate übersteigenden Freiheitsstrafe bedrohten Vergehens, dessen Fähigkeit, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen, zur Zeit der Tat infolge eines andauernden krankhaften Zustandes wesentlich vermindert war, kann nach dem Vollzuge der Strafe weiterhin verwahrt werden, wenn er wegen seines Zustandes und mit Rücksicht auf seinen Lebenswandel und die Eigenart seiner Tat als gemeingefährlich anzusehen ist.

Das Gericht spricht die Zulässigkeit der Verwahrung im Urteil aus und ordnet sodann auf Grund der Ergebnisse des Strafvollzuges an, daß der Sträfling¹⁾ in einer besonderen staatlichen Anstalt oder in einer besonderen Abteilung der in § 36 bezeichneten Anstalt zu verwahren sei, wenn seine Gemeingefährlichkeit nicht behoben ist.

Die Entlassung kann endgültig oder auf Widerruf erfolgen.

Im österreichischen Entwurf ist direkt der Ausdruck der „Gemeingefährlichkeit“ gebraucht worden, dem ich übrigens keinen Vorzug vor unserem deutschen, „wenn es die öffentliche Sicherheit erfordert“, geben möchte. Der Entwurf führt nebeneinander den Zustand des Täters, seinen Lebenswandel und die Eigenart seiner strafbaren Handlung an. Das ist wohl deshalb ganz zweckmäßig, weil dadurch eine Streitfrage ausgeschaltet wird, die nämlich, was für die Verwahrung von Bedeutung ist, ob mehr die psychische Eigenart oder die kriminelle. Wenn sich das auch meist nicht scharf trennen läßt, vielleicht sogar oft deckt, so können doch Meinungsverschiedenheiten auftreten. Es wäre deshalb vielleicht ganz praktisch, die Fassung so zu wählen, daß auch in unserem deutschen Gesetz die drei wichtigsten in Frage kommenden Gründe der Gemeingefährlichkeit getrennt aufgeführt werden.

Während bei uns in Deutschland die Verwahrung in einer öffentlichen Heil- und Pflegeanstalt zu geschehen hat, entscheidet der österreichische Entwurf mit kühnem Griff die uralte Frage, was mit den geisteskranken Verbrechern und den Grenzfällen zu geschehen hat. Sie sollen in eigenen Anstalten, die Grenzfälle innerhalb dieser Anstalten unter Umständen in gesonderten Abteilungen untergebracht werden.

Seit Jahren gehört es zu den stehenden Streitfragen in Kreisen der Psychiater sowohl wie der Strafanstaltsbeamten, wie die geisteskranken Verbrecher am zweckmäßigsten unterzubringen sind. Eigene Anstalten, wie in England, Norwegen und Italien, Adnexe an Gefängnissen, wie in Schottland, im Königreich Sachsen, in Baden, eigene Verwahrungshäuser, an Irrenanstalten angegliedert, wie in Schweden und jetzt meist in Deutschland üblich, haben ebenso warme Verteidiger wie Gegner gefunden. In Oesterreich, wo man noch keinerlei eigene Erfahrungen besitzt, wird kurzerhand ein solches Verwahrungshaus als selbständige Anstalt für notwendig erklärt. Es würde dann aber erforderlich sein, daß es auch bald, vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, gebaut würde. Und ob nicht dann die Sachverständigen, die die Frage studieren müssen, bevor sie an den Bau gehen, zu der Ueberzeugung kommen, daß eine solche Anstalt unzweckmäßig wäre? Dann würde sich also als die Folge der Gesetzgebung herausstellen, daß eine verfehlte Einrichtung geschaffen werden müßte, nur um eine Vorschrift des Gesetzes erfüllen zu können. Oder die Vorschrift steht nur auf dem Papier, wie es ja mit manchen Vorschriften zu gehen pflegt. In einer so ernsten Angelegenheit, wie der Schutz der Öffentlichkeit gegen gemeingefährliche Geisteskranke, sollte aber keine papierne Maßregel getroffen werden.

Sehr erfreulich ist der dritte Absatz des § 37, daß die Entlassung auch auf Widerruf erfolgen kann. Ich möchte sogar noch weiter gehen und nicht nur wünschen, daß eine ähnliche Bestimmung in unser deutsches Gesetz hinein käme, sondern auch, daß ganz generell in jedem Falle die Entlassung nur auf Widerruf erfolgte. Ich habe schon früher ausgeführt, daß bei der Entlassung nicht nur der Zustand des Kranken Berücksichtigung verdient; auch seine Umgebung, seine Lebensverhältnisse und alles, was je nach Umständen förderlich oder schädlich wirken kann. So gut wie man sich über den Zustand des Kranken täuschen kann, kann auch ein Irrtum über die Umgebung vorkommen. Es ist darum eigentlich naheliegend, einen Menschen, dessen Gemeingefährlichkeit bekannt ist, immer nur versuchsweise zu entlassen. Bewährt er sich nicht, wobei die Schuld genau so gut wie an ihm auch an unglücklichen Verhältnissen seiner Lebensführung liegen kann, so

sollte man doch nicht erst die Begehung einer neuen Straftat abwarten müssen, um die öffentliche Rechtssicherheit vor dem gefährlichen Menschen zu schützen. Auch hier würde sich die Entmündigung als eine zweckmäßige Schutzmaßregel erweisen, die dem Kranken und der Öffentlichkeit in gleicher Weise zugute kommt.

Im österreichischen Entwurf fehlt jede Bestimmung darüber, wer die Entlassung verfügt. Sie einfach in die Hände einer Verwaltungsbehörde zu legen, ist bedenklich, weil man den Gerichten die dauernde Mitwirkung bezüglich des Schicksales dieser Kranken nicht versagen darf. Auch der Kranke müßte das Recht haben, nach einiger Zeit eine unparteiische Prüfung zu verlangen, ob der Zeitpunkt für seine Entlassung oder den Versuch einer solchen nicht gekommen ist. Alle diese Gesichtspunkte müssen unbedingt im Gesetze berücksichtigt werden, falls man nicht ein eigenes Gesetz schaffen will, das Sicherungsmaßregeln gegen alle Gemeingefährliche, auch die nicht Geisteskranken oder geistig Defekten enthält. Das wird für Oesterreich umso notwendiger sein, als im § 38, ¹⁾ ähnlich wie das auch in Norwegen geschehen ist, bei besonders gemeingefährlichen, geistig gesunden Verbrechern die Anhaltung über die Dauer der angeordneten Freiheitsstrafe hinaus bis auf 10 Jahre ausgedehnt werden kann. Für diese Personen hat das Gericht sich die Entscheidung, ob nach dem Strafvollzuge die schon im Urteil angeordnete Anhaltung vollzogen werden soll, vorbehalten und hat als Mindestzeit, wann ein solcher Mann entlassen werden kann, drei Jahre festgesetzt. Eine solche Festlegung auf eine bestimmte Zeit fehlt für die vermindert Zurechnungsfähigen. Sie wäre auch für sie in dieser Form ungeschickt, weil eine zeitliche Bindung für den Kranken verfehlt wäre. Regelmäßige, in gewissen Abständen vorzunehmende Nachprüfungen des Zustandes aber sind meiner Meinung nach eine Vorbedingung jeder Gegenwehr gegen gemeingefährliche Minderwertige, wenn man nicht allzu grausam gegen sie sein will. (Schluß folgt.)

¹⁾ Der Ausdruck Sträfling ist wohl ein Versehen. Denn es ist unzulässig, einen Menschen nach verbüßter Strafe, wenn er wegen eines abnormen Zustandes einer Verwahrung bedarf, als Sträfling zu bezeichnen.